

ROTDORN



Linke Jugendzeitschrift aus Berlin & Brandenburg



GROSSE KOALITION DER RÄUBER

www.ROTDORN.org

- news
- termine
- archiv
- links
- newsletter

Geneigte Leserin, geneigter Leser!

Es kam, wie es kommen musste und vor allem sollte: Nach vielen langen Tagen und Nächten sind wir froh, eine neue Ausgabe des Rotdorn in eure Hände legen zu können. Wie eine kühle Flasche Bier und die liebliche Zigarette gehört der Rotdorn ja irgendwie auch dazu und der Mensch ist nun mal ein Gewohnheitstier. Mensch gewöhnt sich ziemlich schnell an alles, leider auch an schlechte Zustände. Denn auch, wenn die Welt abgereist ist und die Freunde wieder ihr beschauliches Leben leben lässt, gibt es offenbar noch Anlass, den deutschen Patriotismus ganz ohne Fußball und schlimmer noch – ganz ohne Zweifel – an Häuserecken und Autos raushängen zu lassen.

Genauso, wie sich zu wenige über das selbstbewusste Auftreten der NPD und ihrer Anhänger wundern. Tragisch genug, dass sich Bürgerinitiativen gründen, die unter dem Vorwand der Demokratie- und Friedensbewahrung gegen den Bau einer Moschee in Pankow-Heinersdorf protestieren. Dass sich

diese braven Bürgerinnen und Bürger, die lediglich um ihre Wohn- und Lebensqualität besorgt sind, wie selbstverständlich im Schulterschluss mit Rechten und Rechtsextremen zeigen, gibt einen Einblick in die latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit in der Mitte unserer Gesellschaft. Lest mehr dazu auf Seite 9.

Fehlende Verwunderung zeigt sich auch im Hinblick auf Deutschlands Außenpolitik. Die Bundeswehr beteiligt sich an Auslandseinsätzen, aktuell im Kongo, um die Demokratie der Republik zu sichern. Welche Interessen stecken tatsächlich dahinter, wenn sich Großmächte für Dritte-Welt-Länder und deren „Wohlergehen“ interessieren? (Seite 7)

In Zeiten des Wahlkampfes gibt es immer wieder zentrale Themen, die die Politik beschäftigen. PISA und Rütli verführen PolitikerInnen zu Lippenbekenntnissen, die wirkungslos verpuffen – so scheint es beim Blick auf die Realität. Bildungspolitik in Deutschland ist ein heiß dis-

kutiertes Thema, auch hier seid ihr aufgefordert, eure Meinung (vielleicht auch eure Verwunderung?) kundzutun (Seite 12)!

Wie immer liefern auch alle anderen Themen der aktuellen Rotdorn-Ausgabe Diskussionsstoff, also ran an die Seiten! Viel Spaß beim Lesen und Diskutieren... Wir sind gespannt auf eure Meinung. Schreibt an rotdorn@gmx.de.

Eure Rotdornredaktion

P.S. In inzwischen 15 Jahren Rotdorn haben wir immer ein kostenloses Abo angeboten. Nun ist es soweit: Die Zahl der Abonnenten übersteigt unsere finanziellen Möglichkeiten. Ab sofort müssen wir für ein Jahresabo 3 Euro für die Portokosten berechnen. Jeder zusätzlich überwiesene Euro sorgt dafür, dass wir auch die vielen Pakete an Schulen, Unis, Jugendclubs etc. schicken können. Abonniert gleich mehrere Exemplare und verteilt den Rotdorn. Der Preis bleibt derselbe.

Anzeige

»Was ist heute links?«

Mit diesem Titel ist das erste Heft von *kontrovers* – einer neuen Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur politischen Bildung – soeben erschienen.

kontrovers stellt in gedrängter Form Wissen bereit, informiert über unterschiedliche Positionen, eröffnet Literatur- und Webzugänge, gibt Hinweise, damit in Gruppen von Aktivisten und Aktivistinnen vor Ort politische Bildung als selbstbestimmter Prozess einfacher, qualifizierter, kontroverser organisiert werden kann.

Das Material ist bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung kostenlos zu erhalten (Bestellungen bitte an malangriaux@rosalux.de) und kann von der Website heruntergeladen werden (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers0601.pdf).

rls
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Leitartikel: Alternativen zum Sozialabbau.....	Seite 03
Aufruf: »Für eine antikapitalistische Linke«	Seite 04
Wer wir sind und was wir wollen	
Die Rotdornredaktion und ['solid] stellen sich vor.....	Seite 06
»Kanonenbootpolitik im 21. Jahrhundert	
Über den EU-Militäreinsatz in der DR Kongo	Seite 07
Buchvorstellung: »Das Geschäft mit dem Krieg«	Seite 08
»Pankower Kreuzzüge«	
Über den Moscheebau in Pankow-Heinersdorf	Seite 09
Leben in Palästina – Wege der Verständigung	Seite 10
Berliner Sozialforum systematisch bespitzelt.....	Seite 11
Bildung: Schule in Berlin	
Drei Artikel zum Thema	Seite 12
Brandenburg: Staatsanwalt konstruiert Mordanklage .	Seite 14
»Revolution von Oben«	
Über die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«	Seite 15
»Keine Wahl für Mexiko?«	
Über die Präsidentschaftswahlen.....	Seite 17
Gedicht von Stefan.....	Seite 18
Termine.....	Seite 19
Impressum.....	Seite 19

Aller guten Dinge sind drei

Arbeitszeitverkürzung, Grundeinkommen, Mindestlohn als Forderungen in unseren sozialen Kämpfen

Die Ausgangssituation

Auf leisen Sohlen, scheinbar öffentlich unbemerkt, fing die große Koalition aus CDU und SPD im Winter/Frühjahr mit dem Sozialabbau an: Da war zunächst die Ankündigung aus dem Ministerium von Herrn Müntefering, das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre zu erhöhen.

Zeitgleich hatten die Koalitionsparteien schon an neuen Änderungen zu »Hartz IV« gestrickt, die in zwei Etappen verabschiedet wurden. Im Februar gab's die Stallpflicht und das Umzugsverbot für Jugendliche. Zum 1. August, mitten in der Sommerpause, traten dann neue Gesetze in Kraft, deren schwerwiegendste Änderungen die Unterstellung von Bedarfsgemeinschaften und gegenseitiger Pflicht,

sich zu unterstützen, für alle die Menschen sind, die als Erwachsene zu zweit zusammen wohnen. Im Herbst soll es noch eine Verschärfung zu Lasten der Erwerbslosen geben. Es wird gemunkelt, dass es diesmal darum geht, verdienende Kinder für ihre erwerbslosen Eltern zahlen zu lassen.

Nicht zu vergessen: Die »kleine Gesundheitsreform«, bei deren Einführung sich die Regierung auch nicht um streikende Ärzte oder KrankenpflegerInnen schert. Die Steuer»reformen«, die wiederum die Mehrwertsteuer erhöhen und die Unternehmen begünstigen, seien hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Auch diese schwächen diejenigen, denen jetzt schon das Geld aus der Tasche gezogen wird und die an der gesellschaftlichen Teilhabe und an der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte gehindert werden.

Die Tendenz bei den Veränderungen der Versicherungssysteme geht eindeutig von der solidarischen Versicherung hin zur weiteren Privatisierung dieser Versicherungssysteme. Nicht umsonst hieß es aber bei den Protesten am 3. Juni 2006: »Schluss mit den Reformen gegen uns!«

Wie alles anfang

Als Erbe der politischen Auseinandersetzungen rund um die Montagsdemonstrationen in den Jahren 2004/2005 hat die so genannte »Trias« oder »Triade« Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und Bedingungsloses Grundeinkommen in den Diskussionen der sozialen Bewegung(en) immer mehr Zuspruch erhalten, nachdem sich zeigte, dass allein die Forderung »Weg mit Hartz IV« aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr genug Menschen mobilisierte und die Verhinderung des Gesetzes nicht in Sicht war.

Es handelt sich hier um die Zusammenfassung von Forderungen von unterschiedlicher Herkunft und Tradition und mit unterschiedlicher Stoßrichtung und Reichweite, die sowohl bei Erwerbsloseninitiativen, attac, linken GewerkschafterInnen rund um das Labournet, aber auch bei der WASG und der PDS und anderen Gruppen seitdem diskutiert werden.

Das Neue ist daran die Zusammenfassung zu einer Triade, das heißt, dass alle drei Konzepte unzertrennlich zusammen gehören.

Die Forderungen im Einzelnen

Ein **staatlicher Mindestlohn** erscheint in einer Zeit angebracht, in der ein Sechstel der Beschäftigten nach neueren Untersuchungen unterhalb der Grenze von zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens arbeiten. Doch auch hier steckt der Teufel im Detail. So kann sich auch eine CDU-SPD-Regierung mit einem Mindestlohn von circa 6 Euro pro Stunde mittlerweile vielleicht anfreunden. Kurbelt doch auch ein Mindestlohn »die Wirtschaft« an, und ist er bei den gegenwärtigen Profiten der Wirtschaft durchaus machbar, gleichzeitig entlastet er die Kassen der Erwerbslosenversicherung. Auch der DGB hat auf seinem letzten Kongress nach langer Diskussion eine Mindestlohnforderung von 7,50 Euro verabschiedet.



Zukunft der Arbeit anno 1965: Einer der ersten IBM-Rechner erleichtert die Büroarbeit. Höhere Produktivität führte zu geringerem Bedarf an Arbeit. Statt Arbeitszeitverkürzung schuf der Kapitalismus ein Heer an »Überflüssigen«.



Kreative Auseinandersetzung mit dem alltäglichen Wahnsinn

Dennoch stellt sich die Frage, wie ein solcher Mindestlohn umgesetzt wird. Soll in jeder Branche ein eigener Mindestlohn gelten oder soll wirklich ein gesellschaftlicher Mindestlohn für alle Branchen festgelegt werden? Was passiert dann zum Beispiel mit Ein-Euro-»Jobs« und staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen? Soll hier ein Lohn unter dem Mindestlohn gelten? Soll es ein Abstandsgebot, das heißt eine Differenz, zwischen Mindestlohn und »Hartz IV« geben oder nicht?

Bei der staatlichen Duldung, gar Beförderung einer **radikalen Arbeitszeitverkürzung** ist die Zeitperspektive sicherlich eine andere. Durchgesetzt werden muss diese weitgehend in den Betrieben, durch Streiks und Tarifverhandlungen. Allerdings ist denkbar, dass auch von staatlicher Seite ein Begleitgesetz verabschiedet wird, welches die wöchentliche Arbeitszeit regelt und die alte Arbeitszeitordnung verändert, die einer Arbeitszeitverkürzung im Wege steht. Allerdings scheint das Wort »Arbeitszeitverkürzung« im Moment trotz hoher Produktivität und gleichzeitiger Rekordarbeitslosigkeit, die ja geradezu nach einer Verkürzung der Arbeitszeit schreien, die Vorstellungskraft aller Beteiligten zu sprengen.

Interessanterweise sind es gerade die Arbeitskämpfe der Ärzte, einer bisher eher privilegierten Gruppe, die das Thema weiter auf die Tagesordnung setzen, während es innerhalb der Gewerkschaften eher vorsichtig angefasst wird.

Allein schon die Verankerung in den Köpfen der Arbeitenden wird noch eine erhebliche Zeit brauchen, da die Kräfteverhältnisse zur Zeit andere sind als bei der letzten großen Kampa-

gne einiger Gewerkschaften, so der IG Metall und der IG Druck und Papier, in den Achtziger Jahren. Damals war dies eine gesellschaftlich relevante, Auseinandersetzung, die dann im Kompromiss mündete, die 35-Stunden-Woche in mehreren Schritten mit Ausnahmen einzuführen. Die Argumente, die einem/r auch von Beschäftigten entgegenschlagen, dass sie sich eine Arbeitszeitverkürzung nicht leisten können, können wohl dadurch entkräftet werden, dass diese Forderung mit derjenigen nach dem Grundeinkommen kombiniert werden muss.

Komplizierter noch ist die Lage beim **»Bedingungslosen Grundeinkommen«**.

Diese Forderung leitet sich ab von langjährigen Auseinandersetzungen der Erwerbsloseninitiativen mit dem Arbeitsamt und heutzutage den JobCentern und dem Postulat eines »garantierten Einkommens« bzw. »Existenzgeldes«. Spricht sich aber ein Lager, auch bei der PDS und WASG, für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus, auch als Bestandteil der Trias, so sind die »Realos« eher für eine »Soziale Grundsiche-

rung« zu haben, die den BezieherInnenkreis begrenzt, eine kleine Erhöhung des Regelsatzes, also der allen zustehenden Grundzahlung, von bisher 345 Euro auf 420 Euro fordert und eine Bedürftigkeitsprüfung vornehmen möchte. Im Klartext ist das eine etwas weniger repressive Auszahlung von »Hartz IV«.

Das bedingungslose Grundeinkommen hingegen soll repressionsfrei, individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang und ausreichend sein. Es soll allen Menschen zugute kommen, unabhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltsstatus sowie der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und unabhängig davon, mit wem sie zusammen leben.

Der Ursprung der Forderungen u. A. aus unterschiedlichen Erwerbslosen- und Anti-Hartz-Initiativen und den Montagsdemonstrationen sollte hierbei nicht vergessen werden: So muss diese Trias in den täglichen Auseinandersetzungen im Bereich der Erwerbslosen davon getragen werden, dass allen denjenigen, denen aus ihrer sozialen Lage heraus die minimalen Leistungen nach dem »SGB II« zustehen, diese auch ohne Diskriminierungen und »ohne Wenn und Aber« ausbezahlt werden müssen. Des Weiteren sollten Arbeitsangebote an Erwerbslose freiwillig sein und einen Mindestlohn von 8 Euro nicht unterschreiten.

Dies klingt scheinbar banal, ist es aber aufgrund der Praxis der JobCenter quer durch die Republik keinesfalls. Denn vielen wird selbst das Minimum, das »Hartz IV« bietet, von Anfang an oder spätestens durch die neuen Verschärfungen, die seit dem 1. August gelten, verweigert.

Die Perspektiven der Auseinandersetzungen

All diese Punkte besitzen den Charakter von Übergangsforderungen auf dem Weg in eine fortschrittlichere Gesellschaft. Sie können verschiedene betriebliche und außerbetriebliche Kämpfe in den nächsten

Ein wahrer Albtraum

Als ich im Dezember 2004 den Antrag auf Arbeitslosengeld II (gemeinhin auch als Hartz IV bekannt) stellte, hätte ich mir niemals träumen lassen, wie viel Zeit ich in einem vollkommen überfüllten Warteraum verbringen würde, nur um an andere Mitarbeiter verwiesen zu werden, die sich dann ebenfalls nicht zuständig fühlen. Niemals hätte ich mir träumen lassen, dass ich drei Monate auf mein Geld warten müsste, weil ein Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit nicht in der Lage ist, Mietkosten von DM in Euro umzurechnen und zudem meinen Antrag über einen Monat lang verlegt hatte, wofür natürlich ich verantwortlich war. Doch manchmal werden Alpträume wahr. Diese Dinge gehören zum Normalzustand bei der Bundesagentur für Arbeit. Auf Beschwerden und Widerspruchseinlegungen wird über Monate nicht reagiert und dann werden winzig kleine Formfehler in eben diesen als Grund deklariert, sie nicht bearbeiten zu können. Es scheint öfter vorzukommen, dass kein Mitarbeiter zur Verfügung steht, obwohl Termine vereinbart wurden. Die Warteräume sind überfüllt, Anträge werden verlegt usw. usw. .

Sollten wir uns mit solchen Zuständen länger abfinden? Ich sage, wehren wir uns gegen diese Art der Diskriminierung gegenüber Menschen, die keine Arbeit finden. Alpträume haben meistens einen Grund und der Grund für diesen Albtraum ist im Kapitalismus zu suchen. Und: Alpträume sind therapierbar.

■ MaG

Jahren miteinander verbinden. Sie können auch nur in der Verbindung ihre Wirkung und ihren Charme erzielen. Obwohl unterschiedliche Kämpfe sicherlich unter unterschiedlichen Schwerpunkten ablaufen werden, wäre es fatal, aus der »Trias« eine Forderung heraus zu splitten und diese zum Schwerpunkt der Auseinandersetzungen zu machen.

Es reicht auch nicht aus, diese Eckpunkte politischen Handelns in Parteizentralen, Gewerkschafts- und Theoriezirkeln zu diskutieren, sondern diese müssen in den Betrieben, auf der Straße, in den JobCentern vertreten und erkämpft werden und Bestandteil zum Beispiel von Tarifrunden, aber auch anderer Auseinandersetzungen werden. Es muss darüber hinaus eine breite gesellschaftliche Diskussion und Verankerung stattfinden. Nur dann haben sie eine Chance auf Durchsetzung. Eine Möglichkeit hierfür sind die Demonstrationen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften und von sozialen Bündnissen am 21. Oktober.

Waren es im Juni noch verschiedene soziale Bewegungen und Initiativen, die dazu aufriefen, ist es am 21. Oktober die Gewerkschaftsbewegung, die den Aufschlag macht. Verschiedene soziale Verbände und soziale Bewegungen wollen sich an den dezentralen Demonstrationen beteiligen. Die Vorbereitungen laufen schon jetzt an. Sinnvoll ist eine Mobilisierung für den Herbst aber nur dann, wenn dies nicht als ein einmaliges »Abfeiern einer Demonstration«, sondern als eine Zwischenetappe in sozialen Kämpfen begriffen wird, die tagtäglich zu führen sind.

■ Hinrich Garms

Der Autor ist seit längerer Zeit in verschiedenen sozialen Bündnissen aktiv, so u. A. in der Berliner Kampagne gegen Hartz IV und dem SAB (Soziales AktionsBündnis), außerdem im Vorstand der BAG-SHI (Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen)

✚ Rotdorn Radio Aktiv

Sendung vom 20. 3. 2006: »Alternativen zur Massenarbeitslosigkeit« zu finden unter: www.rotdorn.org

Für eine antikapitalistische Linke

Mit dem Aufruf »Für eine antikapitalistische Linke« haben sich Mitglieder aus WASG, Linkspartei und parteilose Menschen, wie ich, Anfang März in den Prozess der Bildung einer neuen linken Partei eingebracht. Mit diesem Aufruf setzen wir uns für einen antikapitalistischen Ansatz der neuen linken Partei ein, der sich auch in der Praxis der Partei widerspiegelt.

Die Initiative für eine antikapitalistische Linke ist bewusst breit angelegt, sie bezieht sich auf mindestens drei Akteure: Die heutige Linkspartei.PDS, die WASG und Menschen aus sozialen Bewegungen. Die schlechtesten aller denkbaren Varianten, in der Unterschiedlichkeit der Traditionen von WASG und PDS eine gemeinsame Basis zu finden, bestünde in der Kombination eines regierungsorientierten Pragmatismus, entsprechend etwa der dominierenden Strömung der PDS-Berlin mit gleichzeitigem Verzicht auf klare Inhalte und gesellschaftliche Opposition.

Wir haben in unserem Papier bestimmte politische Mindestpositionen formuliert, die bei einer neuen linken Partei erfüllt sein müssen. Wir haben das so angelegt, dass wir damit vielleicht auch Menschen jenseits der beiden Parteien angesprochen und aktiviert werden können. Meiner Meinung nach ist dies gelungen deshalb, weil inzwischen über die inhaltlichen Positionen und unseren Grundansatz viel diskutiert wird und viele Menschen wieder – natürlich auch aus anderen Gründen – den Kapitalismus klar beim Namen nennen.

Viele stellen sich allerdings auch zu recht die Frage, wie realistisch es ist, sich mit diesem antikapitalistischen Ansatz wirkungsvoll in den Parteibildungsprozess einzubringen. Aber Kämpfe, die gar nicht geführt werden können, können auch nicht gewonnen werden. Deshalb ist es wichtig, Kämpfe unabhängig von der Frage zu führen, ob wir sie gewinnen können oder nicht.

Um einige konkrete Punkte einer konsequenten antikapita-

listischen Politik zu nennen: Es darf keine Privatisierung öffentlichen Eigentums oder Abbau öffentlicher Beschäftigung (mehr) geben. Insbesondere »Dresden« und die dortige von einigen Mandatsträgern der Linkspartei.PDS mitgetragene Privatisierung von öffentlichem Wohnungseigentum hat mit linker Politik nichts gemein.

Natürlich geht es mir ganz persönlich insbesondere darum, dass die neue Partei ganz klar eine wirkliche und konsequente Antikriegspartei ist. Dies ist inhaltlich gesprochen überlebensnotwendig, strategisch gesprochen ein Alleinstellungsmerkmal. Die neuen imperialen Kolonialkriege auch Deutschlands und der EU werden geführt manchmal im Namen von Menschenrechten, um was es aber tatsächlich geht sind Zugang zu Rohstoffen und Energiequellen. Rüstung ist ein glänzendes Geschäft. Auch Wiederaufbauverträge nach den Kriegen bringen Milliardenprofite.

Eine neue Linke muss sich deshalb für die Beendigung insbesondere der Militarisierung der deutschen und EU-Außenpolitik, gegen die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen, egal, ob mit oder ohne UN Mandat, sowie für die Auflösung der NATO einsetzen. Die Forderung nach der Einhaltung des in der UN-

Charta verankerten Gebots des Gewaltverzichts in internationalen Beziehungen muss von ihr wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Unser Ziel ist die strukturelle Nichtangriffs- und Nichtinterventionsfähigkeit Deutschlands. Militärbasen, die die Infrastruktur für die Auslandseinsätze der Bundeswehr stellen, müssen geschlossen werden. Das gleiche gilt für alle Militärbasen der USA, Großbritanniens und der NATO in Deutschland, die zur Führung von Kriegen und zur Verschleppung von Gefangenen genutzt wurden und werden.

Gerade wegen dieser inhaltlichen Schwerpunkte ist es für die Antikapitalistische Linke wichtig, sich auch in Abgrenzung zum Eckpunktepapier aus Linkspartei.PDS und WASG mit der Diskussion um mögliche Regierungsbeteiligungen auseinander zu setzen. Um es noch mal klar zu sagen: Wer im Bund als Linke an eine Regierung will, muss die heutige Bundeswehr, die heutige NATO und die heutige EU-Militärpolitik und damit Kriegspolitik mit unterstützen. Das kann eine Linke tun, nur ist sie dann keine Linke mehr. Und Parteien, die Etikettenschwindel betreiben, gibt es schon genügend. Was Not tut, ist konsequente antikapitalistische Praxis und klare Antikriegspolitik gegen jeden Krieg.

■ Tobias Pflüger

Der Autor, Jahrgang '65, studierte Politikwissenschaft und Empirische Kulturwissenschaft in Tübingen. 1996 initiierte er die Gründung der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI). Seit 2004 ist er, selbst parteilos, für die Linkspartei im Europarlament vertreten. www.imi-online.de www.tobias-pflueger.de

✚ »Für eine antikapitalistische Linke«

Der Aufruf ist in Form einer Broschüre über uns erhältlich: rotdorn@gmx.de



die rotdornredaktion

wer wir sind und was wir wollen

★ Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

★ Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation [solid] Berlin und Brandenburg.

★ Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

★ Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung »das Alte« grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölke-

rung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser »Kampf um die Köpfe« ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in

unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

★ Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 15 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

★ Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitar-

beit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

★ Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den »Zapatistas« in Mexiko, über die »tute bianche« in Italien bis zu »attac« und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

★ Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

★ Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

★ Die parlamentarische Vertretung der Linken, die neue Bundestagsfraktion »Die Linke«, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

★ Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

★ Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

■ Die Rotdornredaktion

»Kind mit Taube« von Pablo Picasso. Der spanische Maler, Graphiker und Bildhauer wäre am 25. Oktober 125 Jahre alt geworden. Er unterstützte 1936 die progressive Regierung Spaniens in ihrem Kampf gegen den Putschisten und künftigen faschistischen Diktator Franco.



['solid]

die sozialistische jugend

...steht für »sozialistisch, links, demokratisch«.

[solid] - die sozialistische jugend ist ein offener, unabhängiger und der Linkspartei nahestehender Jugendverband, der sich kritisch zur kapitalistischen Gesellschaft in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert. Als Teil einer emanzipatorischen und antifaschistischen Bewegung suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen BündnispartnerInnen. In einer Reihe von Bundesländern ist [solid] inzwischen anerkannter Jugendverband der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG).

[solid] tritt als noch recht junger sozialistischer Jugendverband (gegründet 1999 in Hannover) bundesweit auf. Der Verband organisierte Kampagnen, die eine breite Öffentlichkeit finden, ist fest in den außerparlamentarischen Bewegungen und auch den Parlamenten verankert. So wurden 50 000 Musik-CDs unter dem Label »Aufmucken gegen Rechts« an Schulen verteilt, zu den Bundestagswahlen 2005 brachte [solid] sich mit einer eigenständigen Kampagne (»Arbeite, konsumiere, gehorche – oder such' nach anderen Wegen«) ein.

In Deutschland sind wir aktiv im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC, im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), im antifaschistischen Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF) und anderen linken außerparlamentarischen Zusammenschlüssen.

Darüber hinaus ist der sozialistische Verband Mitglied des European Network of Democratic Young Left (ENDYL), nimmt regelmäßig an den Europäischen Sozialforen teil und unterhält zu einer Reihe von Mitgliedsverbänden des Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) gute Beziehungen.

Unser Engagement orientiert sich an dem Anspruch, dass Politik viel stärker im öffentlichen Raum stattfinden muss. Politische Bildung, der Eintritt in eine kulturelle Offensive von links und die bewusste politische Aktion sind Mittelpunkte unserer Aktivität.

[solid] ist in Brandenburg und Berlin ein Haufen von jungen Frauen und Männern, die gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen, in der kein Mensch hungern und obdachlos sein muss, Sexismus ein Fremdwort ist, in der jede und jeder ihre/seine Fähigkeiten frei entfalten und ihre/seine Bedürfnisse befriedigen kann. Kurzum: eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist. Eine Gesellschaft frei von kapitalistischen Zwängen und Krieg.

Kanonenbootpolitik im 21. Jahrhundert

Wenn Großmächte zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen im 19. Jahrhundert Kriegsschiffe vor fremden Küsten auffahren ließen, nannte man dies Kanonenbootpolitik. Wenn im 21. Jahrhundert die EU, angetrieben von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, Truppen in den Kongo schickt, nennt man dies Friedenspolitik.

Es war nicht einfach, den Kongo-Einsatz in Deutschland durchzudrücken. Bataillone von »Experten« melden sich zu Wort: Die Bundeswehr sei nicht auf Afrika-Einsätze vorbereitet, man dürfe sie nicht überfordern, und der Bundeswehrsoldat sei nicht dafür ausgebildet. Tendenz dieser Kritik: Die Bundeswehr brauche noch mehr Geld.

Selbst in führenden Tageszeitungen wurde unterschlagen, dass der erste große Auslandseinsatz der Bundeswehr eben in Afrika durchgeführt (mit über 1700 Soldaten in Somalia 1993/4) und dass die Bundeswehr konsequent auch auf solche Einsätze ausgerichtet wurde. Wehrminister Jung warb dann auch um Zustimmung, in dem bar jeder Grundlage behauptete: »Es geht auch um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes! Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa

zu tun bekommen.« Weder sind Flüchtlinge ein Sicherheitsproblem noch ist mit einem »Ansturm« zu rechnen. Millionen Kongolesen sind innerhalb der Demokratischen Republik Kongo oder in die Nachbarländer geflüchtet. Nur die allerwenigsten könnten Tausende von Kilometer Distanz bis zur Festung Europa überwinden.

Offiziell sollen rund 2000 EU-Soldaten (EUFOR), darunter 780 deutsche, die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der DR Kongo absichern und die bestehende UN-Mission MONUC, die mit rund 17000 Soldaten ein Waffenembargo im Auftrag der Vereinten Nationen überwachen und kongolesische Milizen demobilisieren und entwaffnen soll, unterstützen. Das EUFOR-Mandat erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der DR Kongo und ist auf vier Monate begrenzt (beginnend mit der ersten Runde der Präsidentschaftswahl). Ihr offizieller Auftrag: Abschreckung.

Wenn die Abschreckung nicht funktioniert, sollen im Rahmen »begrenzter Operationen Einzelne aus Gefahrenlagen« (Wahlbeobachter) herausgeholt werden.

Es ist offensichtlich, dass die EUFOR in einem Land, das 6,6 mal so groß ist wie die BRD, durch jahrzehntelange Diktatur und Krieg gebeutelt, mit 2000 Soldaten militärisch lediglich Flagge zeigt. Aber genau dies ist das zentrale Motiv des vergleichsweise

Hoffnung für die DR Kongo durch den Einsatz europäischer Soldaten? Junger Kongolese in der Hauptstadt Kinshasa



Anzeige

Helle Panke
KONGO BUNDE

Zur Förderung von Politik,
Bildung und Kultur e.V.

Kopenhagener Str. 9
10437 Berlin

fon: (030) 47 53 87 24

fax: (030) 47 37 87 75

e-mail: info@helle-panke.de

web: www.helle-panke.de

Freitag, 13. Oktober bis Sonntag, 15. Oktober 2006

Jugendseminar

Globalisierung und Widerstand

Mit Blick auf Proteste gegen den G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm wollen wir über den Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung diskutieren. Dabei soll es nicht nur um die Proteste, sondern auch um den Charakter der Globalisierung selbst gehen. Daneben wollen wir die neuen Chancen und Grenzen praktischer Globalisierungskritik reflektieren.

Gemeinsam mit dem Jugendbildungswerk der RLS

TeamerInnen: Stefanie Ehmsen und Steffen Kühne

Teilnahmebeitrag: 15 Euro

Anmeldungen an: „Helle Panke e.V.“, Tel.: 030-47 53 87 24

Ort: Jugendbildungsstätte Werftpfuhl bei Berlin

Freitag, 20. Oktober bis Sonntag, 22. Oktober 2006

Jugendseminar

Anders arbeiten und schöner leben mit Grundeinkommen

Initiiert vom bundesweiten „Netzwerk Grundeinkommen“ ist das FutureWeekend eine Veranstaltung von und für junge Menschen zu den Themen Wandel der Arbeitswelt, Stellung von Erwerbsarbeit, Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen zur Information und Weiterbildung der Teilnehmer/-innen als auch zur Intervention in den öffentlichen Diskurs.

Teilnahmebeitrag: Zwischen 10 und 30 Euro

Infos unter: www.futureweekend.info

Ort: „Alte Feuerwache“ Axel-Springer-Str. 40/41,
Nähe U6 Kochstr. / U2 Spittelmarkt / U8 Moritzplatz



Links: Kindersoldaten, ein ungelöstes Problem; Rechts: Wehrminister Jung besucht zum WM-Halbfinale seine Truppe

kleinen Einsatzes: gegenüber China und den USA, die Afrika als Rohstoffkontinent »entdeckt« haben, zu demonstrieren, dass die EU auch in Afrika mit militärischen Mitteln interveniert, um Claims abzustechen. Ohne auf Nato-Strukturen zurückzugreifen, ist es der erste Einsatz, der von der EU eigenständig geplant und umgesetzt wird.

Kongo ist reich an Rohstoffen: Gold, Diamanten, Kupfererz, Kobalt, Zink, Coltan, Holz. Offensichtlich scheint eine naturgegebene Verpflichtung zu bestehen, diese Rohstoffe auszubeuten. Der CDU-Außenpolitiker von Klaeden in

seiner Rede vor dem Bundestag: »Wir haben aber auch ein Interesse daran – es gehört auch zur Ehrlichkeit, das zu sagen –, dass die Rohstoffe nach einem fairen Verfahren so abgebaut werden, dass sie auch von Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden können. Gerade wir, die wir in einem rohstoffarmen Land leben, das Exportweltmeister ist, haben ... ein enormes Interesse.« Der deutsche Afrika-Verein, Wirtschaftsverband deutscher Unternehmen und Institutionen, stellt fest: »Wir müssen da jetzt hin. Da kann man in großem Stil Geld machen.« Nicht naturgegeben hinge-

gen scheint zu sein, dass die Menschen vor Ort entscheiden, ob überhaupt und durch wen Rohstoffe abgebaut werden.

Und deshalb passt es zum Kongoeinsatz der Bundeswehr, dass die Soldaten des Vorauskommandos aus einer Lettow-Vorbeck-Kaserne in Leer kommen, die in blutiger deutscher Kolonialtradition steht. Der Kasernenpatron war als Kommandant an der Niederschlagung des Herero- und Namaaufstandes gegen die deutsche Kolonialherrschaft in der afrikanischen Kolonie Deutsch-Südwest 1904 beteiligt.

»Der Kongo-Einsatz dauert vier Monate. Das kann ich eindeutig versprechen.« Es wäre nicht der erste Versprecher eines Ministers. Sowohl die finnische EU-Ratspräsidentschaft als auch der EU-Sonderbeauftragte für die Region Aldo Ajello rechnen mit Zwischenfällen vor und nach dem zweiten Wahlgang voraussichtlich Mitte Oktober und schließen sowohl die Verlängerung als auch die Ausweitung des Einsatzes nicht aus. Wie auch, denn wenn die Abschreckung nicht funktioniert, bleibt die Wahl zwischen Abzug oder Krieg. Es klingelt schon jetzt in den Ohren, wie Jung und andere dann argumentieren werden: Bei Abzug drohe Europa enormer Gesichts- und Bedeutungsverlust, man könne doch vor Warlords und Kindersoldaten nicht in die Knie gehen. Zur Einsatzausweitung gebe es keine Alternative...

■ Ralf Siemens,
Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär
www.kampagne.de

Buchvorstellung

Das Geschäft mit dem Krieg

In einer neuen Wirtschaftsbranche bieten Unternehmen im Bereich der »äußeren Sicherheit« Staaten, Konzernen und Organisationen die verschiedensten militärischen Dienstleistungen an. Verharmlosend heißen diese Dienstleister in Deutschland »Sicherheitsfirmen«. Im englischen Sprachgebrauch werden sie offen und unverblümt »private Militärfirmen« genannt. Jedoch ist das Phänomen solcher einflussreichen und kriegsbestimmenden »Militärfirmen« wenig bekannt. Der Autor des vorliegenden Buches veröffentlichte seine Untersuchung über die Machenschaften dieser »privaten Militärfirmen«, erst nachdem er jahrelang Fakten gesammelt, sich Informationsquellen erschlossen und auf Recherchen hilfsbereiter Kollegen zurückgegriffen hatte. Die im Auftrag von Regierungen und Konzernen tätigen privaten Militärfirmen stellen Hunderttausende von sogenannten Sicherheitsdienstlern – modernen Söldnern – für Kriegshandlungen und »Objektschutz« zur Verfügung, managen das Nachschubwesen für Militärbasen und in Kriegsgebiete, warten und bedienen die neuesten Erfindungen der Kriegstechnik, bilden ganze Armeeteile an modernen Waffensystemen aus, entwickeln Software für Geheimdienste und den Einsatz von computergestützten Waffen, verhören und foltern im Auftrag Gefangene.



Rolf Uessler, Krieg als Dienstleistung, Private Militärfirmen zerstören die Demokratie, Christoph Links Verlag, Berlin 2006, ISBN: 386 153 38 55

Findet das alles weit weg von uns statt? Sind es nur US-amerikanische oder britische Auftraggeber und Firmen, beispielsweise der Halliburton-Konzern, der bis zu seiner Vizepräsidentschaft von Richard Cheney geleitet wurde? Der Autor beantwortet das an Hand detaillierter Analysen mit einem klaren Nein. Auch bundesdeutsche »Söldner« schießen in ausländischem Dienst im Irak und in Afghanistan, deutsche Konzerne stellen Militärfirmen zu ihrer »Sicherheit« im Ausland ein. Die Bundeswehr hat viele Aufgaben privatisiert oder Firmen mit geringer öffentlicher Beteiligung gebildet, wie das »IT Projekt Hercules«. Ausländische Militärfirmen produzieren auf deutschem Boden. Die privaten Dienstleistungen von Militärfirmen, die mit dem täglichen Morden auf den Kriegsschauplätzen und in den Krisengebieten dieser Welt Milliarden Dollar verdienen werden von keinem Parlament kontrolliert und entziehen sich weit-

gehend völkerrechtlicher Gerichtsbarkeit. Dass Politik heute immer mehr vom militärisch-industriellen Komplex transnationaler Konzerne abhängt, ja ihnen gegenüber machtlos wird, sollten wir nicht nur behaupten, sondern auch mit Faktenwissen in der Öffentlichkeit belegen können. Dazu trägt dieses Buch maßgeblich bei.

■ Klaus Körner

Pankower Kreuzzüge

Die NPD hat sich das Ziel gesetzt, bei den Berliner Wahlen am 17. September in die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) einzuziehen. Dem Kommunalparlament BVV unterstehen die Kontrolle der bezirklichen Verwaltung sowie der bezirkliche Haushalt. Für den Einzug in die BVV reichen drei Prozent der abgegebenen Stimmen. Somit ist das Ziel der NPD durchaus nicht unrealistisch. Doch nicht nur die heiße Wahlkampfphase wollen die Neofaschisten dazu nutzen, seit Jahren ergreifen sie jede Chance sich auf den Straßen ihren Raum zu erkämpfen – so auch in Pankow-Heinersdorf.



Impression von der Anti-Moschee-Demo am 7. Juni

Die islamische Ahmadiyya-Gemeinde will auf dem verwahrlosten Gelände einer ehemaligen Sauerkrautfabrik in der Tiniusstraße eine Moschee errichten. Schon seit Wochen und Monaten verschärft sich die Auseinandersetzung. Die »Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger« (ipahb) mit circa 150 Mitgliedern hat sich mit dem Ziel gegründet, den Bau unter allen Umständen zu verhindern. Die Argumente: »Kein Mitglied der Gemeinde lebt in Heinersdorf«, »Stau, Lärm, Parkplatznot«, »Der muslimische Stützpunkt gefährdet den sozialen Frieden«, »Keine Verhältnisse wie im Wedding oder Irak«.

Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass die genannten Argumente der »ipahb« nichts als heiße Luft sind. Die Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde Berlin leben im gesamten Stadtgebiet verteilt, der Standort der Moschee ist somit zweitrangig. Und bei 200 Gläubigen, so viele sind es in Berlin, scheint die Sorge, dass die Pankow-Heinersdorfer Infrastruktur zusammenbricht, etwas übertrieben zu sein. Seit 18 Jahren betet die Gemeinde in einem Reinickendorfer Einfamilienhaus, ohne dass Reinickendorf Gefahr lief in Chaos und Gewalt zu versinken. Im Gegenteil, die Gemeinde ist für ihre friedliche Ausrichtung bekannt: Das Haus

steht für alle Interessierten offen, gepredigt wird in deutscher Sprache. »Gastfreundschaft ist Teil des islamischen Glaubens«, so Imam Abdul B. Tariq, Vorsitzender der Ahmadiyya-Gemeinde; »Liebe alle Menschen und hasse keinen« ist das Leitbild der Gläubigen.

Religionsfreiheit ist seit der Aufklärung vor circa 300 Jahren in Europa Zeichen der Toleranz und auch hohes Verfassungsgut der Bundesrepublik. Dieser Religionsfreiheit entspricht es, wenn eine Gemeinde ein Gotteshaus in Berlin errichtet. Weiterhin wird eine Berliner Realität deutlich: Es gibt zahlreiche muslimische Berlinerinnen und Berliner, die zum Großteil in der deutschen Hauptstadt geboren wurden.

Die Kampagne der »ipahb« appelliert an die niedersten Instinkte des Menschen: Angst vor Fremdem, Selbstherrlichkeit und ein hohes Maß an Dummheit und Ignoranz. Und nicht nur die neofaschistische NPD, sondern auch die CDU springt auf diesen Zug auf. Das die Nazis hier ein Wahlkampfthema entdeckt haben, leuchtet absolut ein. Die CDU hingegen liefert nur abermals einen Beweis ihrer provinziellen Miefigkeit.

So ließ einem der Anblick, der sich am 7. Juni in Pankow bot, mit dem Kopf schütteln. Die »ipahb« hatte zum Protestmarsch aufgerufen und wir als

GegendemonstrantInnen rechneten mit ungefähr 500 TeilnehmerInnen. Gegen 19 Uhr standen uns jedoch über 1000 »brave« Bürger gegenüber, die mit wehenden Deutschlandfahnen und Transparenten mit Sprüchen wie »Demokratie statt Islam« bestückt waren. Ganz vorne mit dabei war die Lokalprominenz der CDU. Richtig gruselig wurde es aber, als die Demonstration von knapp zwei Dutzend stadtbekannten NPD-Mitgliedern und rechtsradikalen Kameradschaftlern angeführt wurde. Die »ipahb« als Veranstalterin hatte offensichtlich wenig Berührungängste mit den Faschisten in ihren Reihen.

Vor dem Pankower Rathaus endete die Demonstration mit einer Kundgebung. In der Nachbarschaft fanden wir dutzende NPD-Aufkleber. Als wir diese abkratzen oder überkleben wollten, wurden wir von der Polizei und wiederum »braven« Bürgern verjagt, die mit großer Mühe unsere Aufkleber entfernten. Die Kundgebung vor dem Rathaus endete mit einem Sprechchor junger Menschen: »Rechts, rechts, rechts wollen wir stehen!«

Ebenso bemerkenswert war aber auch das Verhalten von Teilen des Antifabündnisses, dass zur Gegendemonstration mobilisierte. In Sprechchören und auf Plakaten wurden die Heinersdorfer pauschal

als »Wendeverlierer« tituliert. Mit dieser Einstellung, bleibt man nicht nur destruktiv, sondern spielt den Nazis direkt in die Hände. Mit dieser Art von Pseudo-Antifaschismus, der zunächst alle beschimpft, um dann durch die Reaktion scheinbar bestätigt zu werden, muss endlich Schluss sein. Wir setzen im Kampf gegen Engstirnigkeit andere Akzente.

Zunächst gilt es, den Einzug der NPD in die BVV zu verhindern – Ein Grund mehr am 17. September zur Wahl zu gehen. Außerdem wird es weiterhin Demos geben, die sich den Pankower Kreuzzögern in den Weg stellen. Beteiligt Euch und setzt selbst Akzente mit Transpis und Aktionen.

■ **[solid] Pankow** (pankow@solid-berlin.org)
MH & SK

➕ Weitere Infos

Die Antifa Weißensee informiert auf ihrer Homepage über den neuesten Stand und hält Material zum Download bereit:
www.aw.antifa.de

Info

Erstmals Wahlrecht ab 16 Jahren

Erstmalig gibt es für die Kommunalwahlen am 17. September in Berlin das Wahlrecht ab 16 Jahren. Damit wird eine alte Forderung der linken Jugendbewegung Wirklichkeit. Nutzt das frisch erworbene Recht und verhindert so den Einzug der Nazis in die Parlamente!



Interview: Erlebnisbericht aus Israel & Palästina

Leben in Palästina – Wege der Vers

Susanne absolvierte von Januar 2006 bis Ende Juni 2006 einen Europäischen Freiwilligendienst in Hebron, Palästina. Sie arbeitete für die wohltätige Nicht-regierungsorganisation Al Mahawer im Bereich Fundraising und gab Sprachunterricht (Englisch). Als sie Anfang Januar in Tel-Aviv landet, hat sie zunächst eine Woche Aufenthalt in Jerusalem, um dann nach Hebron zu ihrer Gastfamilie zu reisen. Während ihres Aufenthalts wird sie immer wieder aus Hebron/Westbank nach Jerusalem evakuiert, z. B. anlässlich des Karrikaturstreits oder der Auseinandersetzungen zwischen Hamas (regierende Partei seit Januar 2006) und Fatah (Partei hinter Mahmud Abbas, Regierungschef Palästinas).

Du warst das erste Mal in Jerusalem. Was waren für Dich die prägendsten Eindrücke, die die geteilte Stadt¹ bei Dir hinterlassen hat?

Es herrscht eine extreme Präsenz des Militärs in der ganzen Stadt. Nicht nur Soldaten, sondern auch unzählige Zivilpersonen, vor allem junge Erwachsene, tragen Maschinengewehre oder ähnliche Waffen ständig bei sich. Und das jeden Tag, auch abends, wenn sie ausgehen. Der überhöhte Wunsch nach Sicherheit drückt sich darin genauso aus, wie in den zahlreichen Sicherheitswachtürmen auf den (besetzten) Häusern.

Besonders die Alltäglichkeit und ständige Präsenz der Waffen hat mich anfangs irritiert.

Bist Du mit israelischen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gekommen?

Wir haben ein Kibbuz besucht, das bereits vor 1948 von jüdischen Einwanderern aus Südamerika gegründet wurde. Die Einstellung der Menschen dort war eher pro-palästinensisch, dennoch war auch hier das Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz durch Waffen zu spüren. Selbst in diesem Kibbuz hingen an den

Wänden des Kindergartens Bilder von israelischen Soldatinnen und Soldaten.

Trotz all dieser Irritationen bedeutete Israel für mich auch immer ein Stück »Heimat«. Nicht umsonst wird Israel »das kleine Amerika« genannt. Das Leben entspricht eher dem westlichen Kulturkreis, ich konnte mich (gerade) als Frau viel freier und ungezwungener bewegen.

War das in Palästina so nicht möglich?

Nein, vor allem in Hebron. Dort musst Du Dich als Frau in lange Kleidung hüllen oder kannst z.B. fremde Männer nicht

einfach so anlächeln. Überhaupt war es ein ziemlicher »Kulturschock« für mich als ich nach Hebron kam. Es gibt keine konkreten Gründe dafür, das Lebensgefühl ist einfach ein anderes. Das Straßenbild ist anders und natürlich fallen die religiösen und kulturellen Unterschiede auf. Im Nachhinein relativiert sich das für mich, da ich mich doch relativ schnell eingelebt habe. Je länger ich mit meiner Gastfamilie zusammenlebte, die mich im Übrigen trotz der sprachlichen Barriere sofort sehr herzlich aufgenommen hat, desto mehr wurde mir klar, dass alle Menschen sind »wie Du und ich«. Sie sind genauso auf der Suche nach Liebe, haben die gleichen Sorgen um ihre Kinder und ihre Familie und wünschen sich nichts mehr als ein Leben in Frieden.²

Wie realistisch schätzt Du die Chancen für einen ernstzunehmenden Dialog, auch auf ziviler Ebene, ein?

Von der palästinensischen Seite aus kann ich mir nur schwer ein Zugehen auf Israel vorstellen. Es ist klar, dass auf beiden

1 Jerusalem ist in Ost- und Westjerusalem geteilt. Im Osten der Stadt lebt vor allem, palästinensische Bevölkerung, der Westen wird von israelischen BürgerInnen bewohnt. Die beiden wichtigen arabischen Kultstätten, die Al Aqsa Moschee und der Felsendom befinden sich in der Altstadt. Auf Grund des restriktiven Passsystems, das für die palästinensische Bevölkerung der Westbank besteht, ist es für viele unmöglich, die heiligen Stätten zu besuchen. Denn Jerusalem wird durch die Mauer von der Westbank abgeschnitten.

2 Die palästinensische Journalistin Laila M. El-Haddad schreibt in der israelischen Online-Zeitung ynetnews.com einen kontrovers diskutierten Artikel über das „Highest security open-air prison on earth“. („Auf dieser Erde das Höchstsicherheitsgefängnis unter freiem Himmel“) Sie kommentiert unter anderem eine Befragung, nach der sich über 65 Prozent der PalästinenserInnen für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit Israel aussprechen.
 ↘ www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3281289,00.html; am 01. 08. 2006

3 Kurz bevor Susanne Palästina verlässt, beginnen israelische SoldatInnenen mit dem Beschuss des Gazastreifens. Bis Ende Juni 2006 haben bereits 55 PalästinenserInnen, darunter ein großer Teil Zivilisten, ihr Leben verloren, mehr als 150 wurden verletzt.
 ↘ www.marxist.com/gaza-wendepunkt-israels-geschichte.htm am 02. 08. 2006 Artikel von Vossi Schwartz in Israel am 19. 07. 2006



Szenen aus dem Grenzgebiet



tändigung

Seiten viele Opfer zu beklagen sind, israelische Bürgerinnen und Bürger leben in der ständigen Angst vor Selbstmordattentaten. Die Auswirkungen der Okkupation betreffen vor allem die palästinensische Bevölkerung. Sie ist jeden Tag in vollem Maße existent.

Inwiefern ist die Okkupation erlebbar?

Viele der Kinder in den Grenzgebieten können nur unter erschwerten Bedingungen zur Schule gehen, weil sie an israelischen Checkpoints aufgehalten werden oder von Siedlern mit Steinen oder Schlimmerem beschossen werden. Die Menschen erfahren fast täglich Erniedrigungen durch israelische SoldatInnen. Bei Passkontrollen an den Checkpoints

müssen Menschen jeden Alters, unter Umständen mit dem Gesicht zur Wand stehend auf die Rückgabe ihres Passes warten. Die Wartedauer hängt stark von der persönlichen Stimmungslage der SoldatInnen ab. Manchmal werden die Wartenden angeschrien, oft in Hebräisch. Als internationale Besucherin hast Du kaum eine Chance, etwas daran zu ändern. Greifst Du ein, trifft es die Nächsten möglicherweise umso härter. Die einzige Möglichkeit, die bleibt, ist davon zu erzählen.³

■ Das Interview führte AnG

+ Rotdorn Radio Aktiv

Sendung vom 3. 7. 2006: »Der israelisch-palästinensische Konflikt« mit der alternativen Friedensnobelpreisträgerin Felicia Langer.

Berliner Sozialforum systematisch bespitzelt

Nach Recherchen des »Spiegels« wurde das Berliner Sozialforum jahrelang und systematisch vom Berliner Verfassungsschutz überwacht. Bei der Organisation handelt es sich um eine soziale Bewegung, die sich als Bündnis aller sozialen Gruppen versteht.



So sind neben sozialistischen auch kirchliche und gewerkschaftliche Kreise vertreten. Es ist ein Skandal, dass sich der Berliner Verfassungsschutz das für so-

ziale Verbesserungen arbeitende Gremium als Objekt der Bespitzelung auserkoren hat und zeigt deutlich das verkommene Demokratieverständnis der »heutigen Stasi«. Allein die Akte des renommierten Professors und Mitinitiators des Berliner Sozialforums Peter Grottian umfasst 80 Seiten, auf denen er namentlich genannt wird. Auf der einen Seite macht der Verfassungsschutz das Verbot der NPD unmöglich, auf der anderen Seite observiert er soziale Bewegungen.

Höchste Zeit und Anlass genug die alte Forderung der DDR-Bürgerrechtler, von Grünen und PDS umzusetzen und den Verfassungsschutz ersatzlos aufzulösen. ■ sk



Prof. Grottian beim Streik von »Gate Gourmet«

Anzeige

Roter Laden in Tegel



Wir haben auch einen Plan

für eine ...
... soziale, ...
... demokratische,
... kritische, ...
linke, ...
selbstbestimmte,
... aktive,
... aber vor allem

JUNGE Politik

Du willst **mitmachen**? Die PDS-Jugendgruppe Reinickendorf trifft sich jeden Dienstag um 17 Uhr im Roten Laden.

Am 17. September dreimal Liste 3 Linkspartei.PDS!

Ab 18 Uhr Wahlparty im Roten Laden!

Die Linke.PDS Reinickendorf * Schloßstraße 22 * 13507 Berlin * (U6 Alt Tegel) * Tel.: 43 73 26 30 * Fax: 43 73 26 32 * mail: reinickendorf@linke.pds-berlin.de * www.linkspartei.pds-reinickendorf.de * geöffnet: Mo – Fr 15-18 Uhr

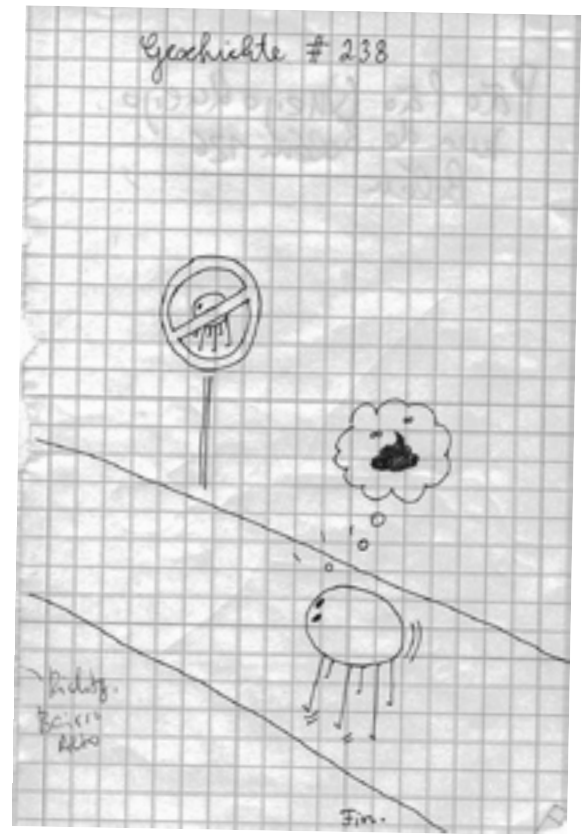
Das neue Schuljahr hat begonnen...

und gleichzeitig geht der Wahlkampf in Berlin in die heiße Phase. Eines der bestimmenden Themen ist die Bildung. Allerdings gehen die politischen Entwürfe für eine Reaktion auf die PISA-Studie oder Schulen an »sozialen Brennpunkten« weit auseinander.

Durch PISA wurde gezeigt, dass sowohl der Bildungsstand als auch der -zugang in kaum einem anderen Land so stark von der sozialen Herkunft abhängig ist, wie in Deutschland. Da erscheint das Konzept der »Eliteförderung« – so wie es sich die politisch Konservative auf die Fahnen schreibt – doch eher fragwürdig. Anstatt die Besten, also die skandinavischen Länder als Vorbild zu sehen und die geburtschwachen Jahrgänge als Chance zu nutzen, um durch geringe Klassenstärken die Qualität der Bildung zu erhöhen, kommt es zu Schulzusammenlegungen bzw. Schulschließungen.

Im Folgenden veröffentlichen wir drei Artikel zum Thema. Die Berliner Linkspartei.PDS stellt ihr Konzept einer zehnjährigen Einheitsschule vor, ein Redaktionsmitglied, Schüler der 13. Klasse, reflektiert seinen Schulalltag und wir berichten über die Vorbereitungen eines berliner Schultstreiks. Was brennt dir an deiner Schule/Uni/Berufsschule unter den Nägeln, gerade im Hinblick auf Schulschließungen und der drohenden Einführung von Studiengebühren?

Schreib uns an rotdorn@gmx.de!



Skandinavisch schlau! Eine Schule für alle Kinder in Berlin

Bildungspolitik ist seit den Ergebnissen der ersten PISA-Studie im Jahr 2001 in aller Munde. Die Politik insgesamt ist sich der Wichtigkeit dieses Zukunftsthemas wieder bewusst geworden und reagiert – auf unterschiedliche Weise: 2001 lehnten insbesondere die Sozial- und Christdemokraten noch eine Strukturdebatte ab, obwohl seit PISA eines völlig klar ist: Das Abitur zu erreichen, ist für ein Akademikerkind gegenüber einem Arbeiterkind bei gleicher Intelligenz viermal leichter. Inzwischen hat sich einiges getan. Schleswig-Holstein hätte den Sprung zu einer flächendeckenden Gemeinschaftsschule für alle Kinder fast geschafft. Andere Länder haben schon oder streben ein zweigliedriges Schulsystem an. Auf der anderen Seite verstärken vor allem die süddeutschen Länder die Selektion in ihren Schulen, tun im Prinzip das Gegenteil dessen, was nach PISA ratsam wäre. Der, in Zukunft noch ver-

stärkte, Bildungsföderalismus macht es möglich.

In Berlin hat die rot-rote Landesregierung 2004 das erste komplett neue Schulgesetz seit dem PISA-Schock erlassen und vor kurzem mit der Grundschulreform Weichen für gemeinsames, auch altersgemischtes Lernen gestellt. Gerade die Kinder in der Grundschule können dort ab dem nächsten Schuljahr in einer flexiblen Schulanfangsphase mit jahrgangsübergreifenden Lernen in den Klassen 1 bis 2 individueller gefördert werden.

Die Linkspartei ist der festen Überzeugung, dass diese Kinder, wenn sie in die 7. Klasse kommen, dort ein adäquates pädagogisches Angebot finden müssen. Ein Angebot, das auf dem der Grundschule aufbaut und weiterführt. Um dies erreichen zu können, um ein Lernen in der Schule zu verwirklichen, das das Individuum Schüler zum Ausgangspunkt seiner Pädagogik und

Didaktik macht, brauchen wir eine neue Struktur. Die Strukturfrage ist also nicht einfach nur Selbstzweck linker Ideologie, sondern Mittel zum Zweck, nämlich einer besseren Qualität von Schule und Bildung für alle Kinder.

Natürlich soll an dieser Stelle der Begriff der linken Ideologie, wie er vor allem gern von der politischen Rechten als Kampfbegriff stilisiert wird, nicht in Abrede gestellt werden. Es gibt nämlich mindestens einen Punkt, an dem sich linke, fortschrittliche Bildungspolitik von der bürgerlich-rechten unterscheidet: Für uns Linke ist Bildung nicht einfach nur ein Schlüssel, eine Qualifikationsvoraussetzung für die spätere ökonomische Verwertbarkeit. Für uns ist Bildung ein Menschenrecht und Bildungspolitik deswegen auch immer aktive Sozialpolitik. Wir kämpfen für wirkliche Chancengleichheit im Bildungssystem. Wir wollen eine Schule, die, wie in Skandinavien auch, von einer Kultur der Akzeptanz und des Willkommens geprägt ist und nicht von Selektion und dem organisierten Scheitern der Bildungskarrieren ganzer Gesellschaftsschichten. Das ist

der Lackmustest fortschrittlicher Bildungspolitik und der Unterschied zu Union und FDP.

Wir wollen die integrative Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild möglichst bis zum Schuljahr 2011/2012. Bis dahin, also in der nächsten Wahlperiode, wollen wir in ganz Berlin eine Pilotphase starten, an der Schulen aller Art teilnehmen dürfen. Dort soll schon das erprobt und wissenschaftlich begleitet werden, was dann später in der Fläche umgesetzt werden soll – und zwar zu den Ausstattungsbedingungen, die wir uns für die Gemeinschaftsschule vorstellen: Nur 24 Kinder in einer Klasse, pro Zug eine weitere pädagogische Kraft (Sozialarbeiter, Psychologe oder Bildungsgangberater) und eine Betreuung bis 16 Uhr. Das haben wir auch durchgerechnet. Es ist finanzierbar. Es ist notwendig. Lasst es uns anpacken, denn eins ist klar: Die Gemeinschaftsschule gibt es nur mit der Linkspartei.

■ Carola Bluhm

Stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS-Abgeordnetenfraktion in Berlin

Sebastian Schlüsselburg
Sprecher IG Schule und Bildung

Schule total fatal: Eine Momentaufnahme

Die Sommerferien scheinen eine wohlige Stimmung der Harmonie an den Berliner Schulen erzeugt zu haben, doch der Schein trügt. Denn an den Berliner Schulen brodelt es. Immer mehr Maßnahmen stoßen den SchülerInnen auf, die sie nicht etwa als Verbesserung der Lernqualität oder des Schulklimas empfinden, sondern ganz im Gegenteil als das, was sie sind: Sparmaßnahmen und Elitenförderung.

So sollen nach der ersten Welle der Schulzusammenlegung nun im neuen Schuljahr weitere derartige Fusionen stattfinden, es sollen zum Beispiel das Friedrich-List und das Max-Born-Gymnasium zusammengeschlossen werden. Dass solche Aktionen selbst nach mehreren für Berlin desolat ausgefallen Lernstudien weiterhin ungehemmt fortgeführt werden, zeigt eindrücklich den mangelnden Verbesserungswillen von Seiten der Regierenden.

Weiterhin haben diese Studien ebenfalls belegt, das im dreigliedrigen Schulsystem, wie es in Berlin existiert, die Selektion stark von der sozialen Herkunft der SchülerInnen abhängt. Damit werden aber Brennpunktschulen geschaffen und diese soziale Schieflage dann einfach in ein Migrations- und Integrationsproblem umgedeutet. Auch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit weist diesen Weg in ein Schulsystem, das sozial spaltet. Dieses wird aber auch durch individuelle Entscheidungen an Schulen weiter vorangetrieben, so etwa an der Rosa-Luxemburg-Oberschule in Pankow. Der zuständige Direktor versucht seit Langem, diese Schule zu einem Flaggschiff der Berliner Gymnasien zu machen. Doch leider leiden die SchülerInnen etwas unter dieser Ausrichtung ... So wurden den sogenannten Schnellläuferklassen die Praktika in der 10. Klasse gestrichen. Diese lesen sich aber nicht nur gut in den später ja notwendigen Bewerbungen, sondern sollen ja vor allem helfen, dem einzelnen SchülerInnen

nen Erfahrungen für das spätere Berufsleben zu vermitteln, die ihm im normalen Schulbetrieb nicht geboten werden.

Außerdem ist die GSV (Gesamtschulvertretung), wie wohl auch an vielen anderen Berliner Schulen, praktisch völlig ohne Einfluss, da sie in ihrer Entscheidungsgewalt durch das Wohlwollen des Direktors, der ja am Ende jede Entscheidung absegnen muss, stark eingeschränkt ist. So wurden etwa drei Jahre damit verbracht, ein fertiges Konzept für zwei gemeinsame Projektstage der gesamten Schule auszuarbeiten. Die ganze Mühe wurde jedoch durch den einfachen Satz »Dadurch fällt zuviel Unterricht aus.« zunichte gemacht. Sollen SchülerInnen so Selbstständigkeit und Eigenverantwortung beigebracht bekommen? Nein, Noten und Klassenarbeiten gingen wieder einmal vor. Und auch dies stößt bei den SchülerInnen nicht nur im speziellen, sondern auch ganz allgemein auf Ablehnung. So taten auch zum diesjährigen Schuljahresende wieder viele SchülerInnen ihren Unmut über die subjektive und willkürliche, für das weitere Leben aber leider so wichtige, Notengebung kund und verbrannten ihre Zeugnisse am 4. Juli vor dem Roten Rathaus.

Die Zeichen stehen also auf Sturm und so bleibt zu hoffen, dass im Zuge der stetig anschwellenden Protestbewegung der StudentInnen gegen Studiengebühren auch die Schüler Initiative ergreifen und sich aktiv gegen diese Missstände zur Wehr setzen. Denn eins ist allen, ob SchülerInnen oder Student, klar: Nicht nur im Bildungswesen rumort es gewaltig, sondern dies ist auch nur eine Auswirkung des allerorten um sich greifenden Sozialabbaus und der immer weiteren Unterwerfung aller politischen Entscheidungen unter die Gesetze des »freien Marktes«.

■ [BK]

Französische Verhältnisse in Berlin: Vorbereitungen auf einen Massenstreik

Viel ist berichtet worden von den Massenprotesten gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes in Frankreich. Sie waren vorbildhaft und bemerkenswert, gerade weil sie von Streiks der SchülerInnen und Studierenden ausgingen und breite Bevölkerungsschichten mitrissen.

Besonders beachtenswert ist, dass die SchülerInnen gegen ein Gesetzesvorschlag kämpften, der sie mit der geplanten Aufweichung des Kündigungsschutzes nicht direkt betraf, sondern ihre fernere Zukunft. Einige Einschnitte »wirken« sofort, seien es Einführungen von Studiengebühren oder die Abschaffung der Lernmittelfreiheit in Berlin, andere betreffen die Zukunft.

Auch das bestehende mehrgliedrige Schulsystem dient lediglich der Aufteilung junger Leute in eine weiter förderbare Elite und eine aufgegebenen, überflüssigen Masse. Mit der Herausbildung von Eliteuniversitäten – und der damit einhergehenden Benachteiligung anderer Unis – soll diese Entwicklung auch im Hochschulbereich fortgesetzt werden.

Längst ist bewiesen, dass schon jetzt Menschen aus ärmeren Familien weit aus schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss haben. Anstatt das zu bekämpfen, forcieren die Regierenden dieses Bildungsgefälle, da es gesellschaftlich bedingt und gewollt ist.

Um gegen solche Ungerechtigkeiten vorzugehen, die sich lückenlos in die generelle Liberalisierung der Marktwirtschaft und den stetigen Abbau der Sozialleistungen einfügen, läuft zur Zeit ein Projekt einer Berliner SchülerInneninitiative. Da am 17. September in Berlin Wahlen stattfinden, ist die Zeit günstig, um Kritik und Alternativen der Öffentlichkeit mitzuteilen. Unter dem Motto »Bildungsblockaden einreißen« werden kostenfreie Workshops zu vielen bildungspolitischen Themen angeboten. In der Woche vor der Wahl wird es dann den mehrtägigen Schulstreik geben, bei dem laut und deutlich gegen die fortschreitende Ökonomisierung des Bildungswesen gekämpft wird. Oft wurden »französische Verhältnisse« gefordert, nun ist der Moment gekommen.

Wer den Protest aktiv mitgestalten oder an seine Schule tragen möchte, ist zu den nächsten Treffen der OrganisatorInnen herzlich eingeladen.

■ Alle Termine und Hintergrundinfos auf:
www.schulaction.de



Repressionen in Russland: Einzelfall oder Normalität?

Auf dem europäischen Sozialforum (ESF) im Mai 2006 in Athen lernte ich viele Menschen kennen, so auch Olga aus Russland. Nur was ihr nach der Heimkehr geschah, hat mich so geschockt, dass ich es dir, lieber Leser, mitteilen muß.

Als sie ihren Zug in Krasnodar verließ, wurde sie schon von der Polizei erwartet. Sie wurde auf das Polizeirevier gebracht und dort stundenlang verhört. Auch all ihre Adressen, Photos, ihre Kamera und ihr Handy wurden beschlagnahmt. So erhielt die russische Polizei und wahrscheinlich auch der Geheimdienst unter vielen Adressen aus ganz Europa auch meine. Auf diesem Weg sammeln in Russland Polizei und Geheimdienst Informationen über das ESF. Olga meint, in der Region von Krasnodar seien die Repressionen besonders schlimm. Die linke Bewegung wird sehr stark überwacht und es war für Olga und ihre Genossen unmöglich zum Protest gegen das G8 Treffen nach Sankt Petersburg zu fahren. Wenn es darum geht, Proteste gegen die neoliberale Politik zu verhindern, sind die Werte der Freiheit schnell vergessen. Nicht nur die Polizei, sondern auch andere staatliche Stellen machen Olga jetzt Probleme: Wegen des Besuches auf dem ESF erhielt sie einen Verweis von ihrem Dekan. Aufgrund dieses Verweises können ihr jetzt die hervorragenden Studienleistungen aberkannt werden. »Er ist ein Feigling, weil er tut, was die Regierung von ihm verlangt.« sagt Olga über ihren Dekan. Zumindest wurde sie nicht zwangsexmatrikuliert und kann ihr Studium fortsetzen. Sie versuchte, über die russischen Massenmedien einen öffentlichen Druck aufzubauen. Die westlichen Diplomaten und Medienvertreter interessieren sich nicht für Olgas Fall. Sie hofieren die neoliberalen Gegner Putins, linke und globalisierungskritische Putingegner werden von ihnen einfach übersehen. Ist das die Freiheit für die unsere Armeen in der ganzen Welt Kriege führen?

■ SL

Achtung! Repression!

Im Juni 2005 wurden in Potsdam fünf AntifaschistInnen festgenommen, nachdem ein stadtbekannter Neonazi bei einer Auseinandersetzung eine 4 cm lange Platzwunde davontrug. Gegen die fünf wurde wegen versuchten Mordes ermittelt. Eine Betroffene, Julia S. saß aufgrund dieses Tatvorwurfs fünf Monate in Untersuchungshaft.

Der Mordvorwurf gründete sich einzig auf der Einschätzung des damals ermittelnden Staatsanwaltes P. Petersen, die Täterinnen seien AntifaschistInnen und würden als solche den Tod eines Nazis jederzeit beabsichtigen oder wenigstens billigend in Kauf nehmen.

Somit erklärte er alle AntifaschistInne zu potentiellen MörderInnen. Die gleiche Abteilung der Staatsanwaltschaft sah in einem kurz darauf folgenden brutalen Überfall von 15 Neonazis auf einen Potsdamer Antifaschisten und dessen Begleiter, bei dem einem Opfer mit einer abgeschlagenen Bierflasche in den Hals gestochen wurde nur eine gefährliche Körperverletzung. Sehr schnell nach der Festnahme der fünf Antifas gründete sich eine Soligruppe, die sich zum Ziel setzte, die Betroffenen zu unterstützen, insbesondere die Gefangene aus dem Knast zu holen und dem Versuch, Antifaschismus zu kriminalisieren und zu diffamieren, offensiv entgegenzutreten. Durch intensive Pressearbeit, mehrere Knastkundgebungen, Kommunikationsguerilla-Aktionen u. Ä. wurde massiver öffentlicher Druck aufgebaut, von immer mehr Seiten kam die Forderung nach Freilassung der jungen Antifaschistin und Kritik an der eindeutig politisch motivierten und komplett überzogenen Anklageschrift.

Das mediale Aufsehen und der massive öffentliche Druck zwangen die Staatsanwaltschaft in die Defensive. Petersen ließ sich monatelang verleugnen und hielt entlastende



Beweismaterialien zurück, wodurch die U-Haft der inhaftierten Antifaschistin künstlich verlängert wurde. Doch schließlich musste sie im November 2005 nach fünf Monaten Haft entlassen werden, nachdem die Konstrukte der Staatsanwaltschaft öffentlich nicht mehr zu rechtfertigen waren.

Die mittlerweile bekannt gewordene Versetzung Petersens von der Abteilung für Politische Straftaten zu den Allgemeinen Strafsachen betrachten wir als direkte Konsequenz aus seinem Vorgehen und der politischen Niederlage, die die Staatsanwaltschaft hinnehmen musste.

In diesem Jahr endlich wurde die Anklage vom zuständigen Richter auf gefährliche Körperverletzung herabgestuft, da ein unabhängiges Gutachten ergab, was von Anfang an offensichtlich war: Das überhaupt keine Tat vorliegt, die als versuchte Tötung bewertet werden kann.

Der Prozess der fünf Antifas findet vom 7. August bis 13. September am Landgericht Potsdam statt. Es wird mit

massiver Präsenz von Neonazis aus Potsdam, Berlin und Umgebung gerechnet, da stadtbekannte Neonazis auf der Zeugenbank sitzen werden. Außerdem hat der betroffene Nazi Nebenklage eingereicht und wird vom in der Naziszene renommierten Rechtsanwalt Wolfram Nahrath vertreten. Dieser war Vorsitzender der Wiking-Jugend, Redner auf verschiedenen NPD-Demonstrationen und verteidigte schon diverse gewalttätige Neonazis in ihren Prozessen.

Wir sind dringend auf personelle Unterstützung während des Prozesses angewiesen. Wir würden uns freuen, wenn einzelne Gruppen zu bestimmten Terminen mobilisieren würden und im Voraus mit uns Kontakt aufnehmen könnten. Auch finanzielle Hilfe wird immer noch benötigt.

■ www.soligruppe-potsdam.de Spendenkonto:

Inhaber: Rote Hilfe e. V. Potsdam
Kreditinstitut: Postbank Stuttgart
BLZ: 600 100 70
Kontonummer: 151 90 77 03
Verwendungszweck: soligruppe

✚ Rotdorn Radio Aktiv

Sendung vom 17. 4. 2006: »Solidarität gegen staatliche Repression«
zu finden unter: www.rottdorn.org

»Revolution von Oben«

Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (kurz INSM) will in unserer Mediendemokratie öffentliche Meinung bilden. Dabei ist sie stets im Hintergrund, spricht: intransparent, geblieben.

Das ist auch der Grund warum die INSM in der Öffentlichkeit relativ unbekannt ist. Durch Medienkampagnen; sog. »Botschafter«, die zu Talkshows geschickt und/oder von Journalisten interviewt werden; einen hohen Netzwerkcharakter; selbst erstellte Studien, welche ihre Thesen untermauern sollen und einen ausgeweiteten PR-Journalismus, welcher nicht immer als solcher zu erkennen ist, gilt die INSM als bis heute erfolgreichste Initiative. Sie hat politische Begriffe erschaffen und geprägt und unternehmerfreundliche Themen auf die politischen und medialen Agenden gesetzt. Der neoliberale Kurs von rot/grün ist auch dem großen Einfluss der INSM zu verdanken.

Gründung und Finanzierung

Die Initiative wurde im Jahr 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet. Martin Kannegeiser, Arbeitgeberpräsident von Gesamtmetall, startete eine Umfrage, ob die Deutschen eine gute Meinung von der Marktwirtschaft hätten oder nicht, und das Ergebnis veranlasste ihn zur Gründung der Initiative. 22 Prozent im Osten und nur 44 Prozent im Westen hatten eine gute Meinung von der Marktwirtschaft. Seitdem sah es die Initiative als ihre Aufgabe an, einen »Bewusstseinswandel der Deutschen voranzutreiben«, wie es Martin Kannegeiser formuliert hat. Wirtschaftsliberale Themen sollten zudem fortan auf die politische und mediale Agenda gesetzt werden. Folglich überweist der Arbeitgeberverband Gesamtmetall bis zum Jahr 2010 rund 10 Millionen Euro jährlich an die Initiative, welche die Summe zu 70 Prozent für PR-Kampagnen und zu 30 Prozent für Anzeigen verwendet. Sie versteht sich als moderner »Think Tank«, in welcher die Themen nicht nur wissenschaftlich bearbeitet, sondern auch kampagnenfähig inszeniert und vermittelt werden.

Unterstützer und Mitglieder

Die Initiative besteht aus 40 festen Mitarbeitern. Zudem sind die Mitglieder der INSM parteiübergreifend, welche die gesellschaftliche Akzeptanz ihrer Ideen erhöhen soll. Mit Ausnahme der PDS/Linkspartei sind Politiker aller Parteien vertreten, zudem Prominente aus Unternehmen und Wissenschaft. Dieter Rath und Tasso Enzweiler, welche früher für die Financial Times und das Manager Magazin geschrieben haben, sind die Geschäftsführer. Hans Tietmeyer, ehemaliger Bundesbank Chef, Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, Oswald Metzger, Grünen Politiker sowie die thüringische Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski (CDU) sitzen im Kuratorium der Initiative. Zum Initiatorenkreis zählen: Lothar Späth, Ex-Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG, Sebastian Turner, Chef von Scholz & Friends, Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Claus Strunz, damals Chefredakteur der Bild am Sonntag und viele, viele mehr.

Programmatik und Ziele

Unternehmerfreundliche Reformen stehen im Vordergrund der INSM. Das Motto

lautet: Mehr Markt, weniger Staat. Weitere Ziele sind Begriffe zu bestimmen und neu zu definieren, Themen zu besetzen und natürlich die Bevölkerung zur reinen Marktwirtschaft zu »bekehren«. Ziel ist zudem, die öffentliche Debatte zu dominieren, um das Handeln der politischen Akteure zu beeinflussen und zu bestimmen. Inhaltlich bedeutet das die Forderung nach Bürokratieabbau, Einführung eines Niedriglohnssektors, die staatliche Altersvorsorge abzuschaffen und durch eine private zu ersetzen, Subventionsabbau, niedrigere Steuern für alle und insbesondere für Großunternehmen, die solidarische Krankenversicherung durch eine private oder zumindest durch eine Art »Kopfpauschale« zu ersetzen, sowie weitere Privatisierungen staatlicher Unternehmen und Aufgaben. Eine neue Tarifpolitik, welche »flexible Arbeitszeiten«, »flexible Löhne« und betriebliche Bündnisse als Ziele verfolgt. Eine neue Bildungspolitik, welche Wettbewerb, Effizienz und Tempo zu den vorrangigen Zielen zählt. Eine neue Sozialpolitik, welche »Hilfe zur Selbsthilfe« als oberstes Prinzip verwirklicht. Die Abschaffung von Sozial-, und Arbeitsrechten, da sie der Schaffung von Arbeitsplätzen im Weg seien. Sie propagiert damit direkt und indirekt ein Ende der Solidar – und Sozialstaatsgemeinschaft in Deutschland und befürwortet die »Eigenverantwortung«, in welcher an jeden gedacht ist, wenn jeder an sich denkt. Konkurrenz-, Leistungs-, und Wettbewerbsdenken sollen wieder verstärkt in die Köpfe der Bevölkerung. Großbritannien und die USA gelten hierbei als Vorbild für die INSM.



Immer wieder Sonntags... Die Talkshow »Sabine Christiansen« ist ein gern genutztes Forum der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«. Gebührenfinanziertes öffentlich-rechtliches Fernsehen wird so für die Propaganda der Wirtschaft genutzt. Auf dem Bild (v. l. n. r.) Oskar Lafontaine (Die Linke), Sabine Christiansen, INSM-Fördermitglied Friedrich Merz (CDU)

Medienpräsenz und PR - Journalismus

Die Agentur Scholz & Friends in Berlin ist die »PR-Maschine« der INSM und liefert mit rund 40 Mitarbeitern permanente Zuarbeit. Sie entwickelt die Strategie der INSM, verwaltet die ausführliche Internetseite inklusive neuer Studien und ist verantwortlich für die Kampagnen. Grundlage aller Kampagnen sind wissenschaftliche Arbeiten und Studien, welche zumeist vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und vom demoskopischen Institut Allensbach herausgegeben werden. Darauf aufbauend nutzt Scholz & Friends alle medialen Multiplikatoren für ihre Kampagnen: Aufbereitung der Argumente für die Medien, Beiträge der Botschafter in Talkshows und TV - Interviews, Anzeigen, Plakataktionen, Beiträge in Zeitschriften, Internetbeiträge etc. Die Grenzen zwischen PR und Journalismus verschwimmen zudem zusehends durch Medienpartnerschaften mit der Wirtschaftswoche, Impulse, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS), Die Welt, Handelsblatt, Zeit, Focus und der Financial Times Deutschland. Es werden Zeitungsbeiträge verfasst, welche den Journalisten die Recherche »erleichtern« sollen, einmal im Jahr wird mit der FAS der Reformer des Jahres gewählt und es werden wissenschaftliche Studien als Zeitungsbeilage herausgegeben. Des weiteren wird die Medienpräsenz der INSM durch Bücher, Publikationen und Fernsehauftritte ihrer »Botschafter«, die für marktwirtschaftliche Reformen werben, aufrechterhalten. Nicht selten sitzen so bei Christiansen z. B. zwei Akteure, welche beide Botschafter für die INSM sind, es jedoch für den Zuschauer nicht ersichtlich ist, da sie als Publizist, Unternehmensberater, Politiker oder Historiker vorgestellt werden. Die angestrebte Pluralität der Meinungen und Objektivität der politischen TV-Formate wird hierbei untergraben und ausgehöhlt.

Fazit

Gerhard Schröders Ausspruch: »Es gibt keine Alternative zu meiner Reformpolitik« entspricht der inhaltlichen und ideologischen Ausrichtung der INSM, anderer neoliberaler Initiativen und vieler Akteure in der deutschen Öffentlichkeit, die den Neoliberalismus propagieren. Derjenige, der die öffentliche Meinung beherrscht, bestimmt auch die Politik – die INSM hat dies, unter Anderem erreicht, indem sie Begriffe besetzt hat, die keine politischen Alternativen zulassen. Sie hat damit erreicht, dass in der öffentlichen Debatte bei fast allen politischen Themen das ökonomische Denken domi-



Man mag es kaum glauben, aber dies ist absolut ernst gemeint: Anzeigenmotiv der INSM

niert. Der politische Wille einzelner politischer Akteure und auch einer Partei ist somit den »Gesetzmäßigkeiten« und dem »Sachzwang« des Marktes unterworfen. Diese »Regeln« des Marktes sind jedoch keine objektive, von Gott gegebene Vorgabe, sondern wurden von Menschen erschaffen und sind somit veränderbar. Die ständige Wiederholung von augenscheinlich unveränderbaren Sachverhalten, wie der demografische Wandel und die Globalisierung, fungieren als

Hauptargumente für marktwirtschaftliche Reformen, die in erster Linie den Großunternehmen mehr Profit bringen, den Sozialstaat jedoch abbauen und die Demokratie damit als Ganzes zusehends aushöhlen, da immer mehr Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden.

■ epikur



Bei der alljährlichen Preisverleihung zum »Reformer des Jahres« bekam die INSM unangemeldeten Besuch: »Die Überflüssigen« – angezogen mit roten Kapuzen und weißen Masken, bewaffnet mit Konfetti – gaben sich die Ehre um der etwas steifen Party erst richtig Glamour zu verleihen. »Die Überflüssigen« überreichten ihrerseits eine Auszeichnung an die INSM. Ein Auszug aus der Laudatio:

Achtung! Achtung! Meine Damen und Herren, wir bitten kurz um Ihre Aufmerksamkeit. (...) Wir, die »Überflüssigen«, die »Reformierten«, wollen heute den Preis für die teuerste, dreisteste und geschickteste Propaganda deutscher Unternehmer überreichen: And the winner is... Gesamtmetall: (...) Gesamtmetall versucht seit Jahren den Menschen weiszumachen, dass die »Heilungskräfte des freien Marktes«, der Neoliberalismus zum Glück der Menschen auf Erden führt.

Trotz der offensichtlichen Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung hier in Deutschland aber gerade auch weltweit, schaffen sie es, den Menschen zu sagen: Weiter so! Weiter so mit... Steuersenkungen für Unternehmer, Privatisierung, Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung und Kürzung von Sozialleistungen!

Was sagt man nun den Menschen, die noch nicht total verblödet sind, wenn sie feststellen, dass die Rezepte der Unternehmer bisher nur zu mehr Gewinnen für die Unternehmen geführt haben, dass die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums sich in den letzten Jahren dramatisch zu Gunsten der Reichen entwickelt hat?

Was sagt man nun den Menschen, die noch nicht total verblödet sind, die also feststellen, dass mit dieser Politik die Zahl der Aussortierten, der Überflüssigen, der Geldlosen, der in ihrer Existenz Bedrohten immer größer wird?

Weiter so, aber schneller! Die Geschwindigkeit des neoliberalen Umbaus muss noch erhöht werden! Wer es schafft solche Botschaften trotz der evidenten Faktenlage noch in den Umlauf zu bringen, ohne dem sozialpsychiatrischen Dienst des Öffentlichen Gesundheitswesens zugeführt zu werden, hat es verdient, von uns ausgezeichnet zu werden (...)

■ www.ueberfluessig.tk



Keine Wahl für Mexiko?

**Im 21. Jahrhundert zeigt die Globalisierung, wie die schlimmsten Albträume von Karl Marx in einer barbarischen Welt wahr werden und gleichzeitig Wellen revolutionärer Kämpfe ausbrechen und alle denkenden Menschen ausrufen lassen: Eine andere Welt ist nötig.
Jetzt werden die Epizentren der Welt belagert.**

Hundert Millionen Menschen werden entwurzelt, von einer unsichtbaren Hand erfasst und vom Weltmarkt durchdrungen. Es kommt zu unfreiwilligen verzweifelter Wanderungsbewegungen unter primitivsten und gefährlichsten Umständen; Menschen klammern sich an seeuntaugliche Boote, um von Afrika auf die Kanaren überzusetzen. Oder sie klettern über sechs Meter hohe Stacheldrahtzäune und versuchen trotz Gewehrsalven in die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zu gelangen. Oder sie marschieren tagelang durch Wüsten voller Skorpione und Schlangen entlang der Grenze zwischen Mexiko und den USA. Jährlich sterben mehr Menschen bei dem Versuch, von Mexiko in die USA zu gelangen, als in 28 Jahren Todesopfer an der Berliner Mauer zu verzeichnen waren. Jetzt wird an der Südgrenze der USA eine Mauer gegen die Immigranten errichtet.

In Südeuropa werden tausende Leichen von Menschen an die Küsten gespült, die als sogenannte »Wirtschaftsflüchtlinge« in Europa ein Auskommen suchten. Frankreichs Präsident Chirac warnte in seiner Ansprache beim jüngsten Nationalfeiertag, dass die Hälft-

te der 950 Millionen zählenden Bevölkerung Afrikas unter 17 Jahren sei und bis 2050 die Bevölkerung Afrikas auf zwei Milliarden anwachsen werde. »Wenn wir Afrika nicht entwickeln und hierzu die erforderlichen Ressourcen mobilisieren, dann werden diese Menschen die Welt überfluten.«



López Obrador

Während wir uns am 1. Mai in Kreuzberg sonnten, gingen zur gleichen Zeit über eine Million Immigranten in den USA auf die Straße in einer Art Generalstreik aus Protest gegen neue Einwanderungsgesetze. Diese Massenaktion unterstreicht die Bedeutung der Migranten als Arbeitskräfte in den USA. Viele Arbeitgeber, die auf Migranten angewiesen sind, gaben ihrem Personal einen Tag frei, weil sie nicht mit der Regierung Bush identifiziert werden wollten.



Mexico City Downtown am 8. Juli 2006, eine Woche nach der Wahl demonstrieren die Menschen ihre Unterstützung für López Obrador

2005 beliefen sich alle Exporte Mexikos auf 213 Milliarden Dollar, davon gingen 87 Prozent in die USA. Eine Million illegaler Immigranten jährlich ist ein Hinweis darauf, weshalb die US-Landwirtschaft aufgeblüht ist und in der Zone der NAFTA (Nordamerikanische Freihandelsabkommen) die mexikanische Konkurrenz aus dem Feld geschlagen hat.

Am 2. Juli 2006 fanden in Mexiko Präsidentschaftswahlen statt – die zu einem Duell zwischen dem Linkskandidaten López Obrador und dem Konservativen Felipe Calderón wurden. Nach offiziellen Angaben gewann Calderón angeblich mit einem Vorsprung von 0,58 Prozent oder 240 000 Stimmen bei einer Gesamtzahl von 41 Millionen abgegeben Stimmen. Europäische Wahlbeobachter bezeichneten die Wahl als frei und fair. Bush gratulierte Calderón und war rundum zufrieden. López Obrador wurde von seinen

Gegnern als der »mexikanische Chávez« bezeichnet und musste letztes Jahr juristische Tricks überwinden, mit denen seine Gegner, der mexikanische Kongress und die Justiz, ihm das passive Wahlrecht entziehen wollten.

López Obrador erklärte damals die Kampagne gegen ihn mit folgenden Worten:

»Es geht hier um zwei miteinander konkurrierende Projekte. Einmal im Namen der Globalisierung, zum anderen im Namen der Nation. Denen passt nicht, dass ich die ausgegrenzten und verarmten Menschen unterstütze und sie wollen nicht, dass ich dies landesweit tun kann. Darin liegt der Kern des Problems.«

Weiter griff er diejenigen an, die »glauben, sie seien die Herren dieses Landes, die Führer der Parteien PRI und der PAN, die unser Erdöl und unsere Stromversorgung verkaufen wollen, die unsere Finanzeinrichtungen in den Bankrott

Deutschsprachige Fassung der neuen venezolanischen Verfassung erhältlich

Seit dem 24. März 2000 hat Venezuela eine neue – bolivari-sche – Verfassung. Diese, direkt auf den lateinamerikanischen Freiheitskämpfer, Simon Bolivar (1783 – 1830), Bezug nehmende Verfassung, ist das Ergebnis einer breiten gesellschaftlichen Diskussion in Venezuela und v. a. einer neuen Entwicklung in Venezuela unter dem Präsidenten Hugo Chavez. Unterstützt durch eine große Mehrheit des Volkes, leitete Chavez zahlreiche soziale Verbesserungen ein, enteignete Betriebe und Ländereien zugunsten der Armen und hat sich mittlerweile dazu bekannt, Venezuela zu einer neuen Form des Sozialismus führen zu wollen

Durch riesige Erdölvorkommen, die fünftgrößten weltweit, ist das hoffnungsvolle Projekt begünstigt. Ihr habt die Möglichkeit die deutschsprachige Fassung der neuen venezolanischen Verfassung über uns zu erhalten: Schreibt an rotdorn@gmx.de und wir schicken Euch gern das kleine Büchlein zu.



Simon Bolivar

✚ Rotdorn Radio Aktiv

Sendung vom 22. 11. 2005:

»Venezuela – Land der Hoffnung«

Sendung vom 22. 5. 2006:

»Venezuela auf dem Weg zum Sozialismus«

Zu finden unter: www.rotdorn.org



»El voto es libre y secreto« – Die Wahl ist frei und geheim. Zweifel sind angebracht...

getrieben haben, die ein Land mit der Seuche der Ungleichheit überzogen haben. Sie haben dieses Land der geldgierigsten Minderheit ausgeliefert. Sie wollen Lebensmittel und Arzneimittel besteuern, aber ihre Beschützer wollen sie von der Steuerpflicht ausnehmen. Sie haben die Produktionskapazitäten dieses Landes zerstört und Millionen Mexikaner zur Auswanderung in die USA gezwungen.«

Als Oberbürgermeister der Hauptstadt Mexico-City führte López Obrador wichtige Sozialreformen zum Wohle der Armen durch. Er gilt als Verteidiger und Interessenvertreter der Armen. Durch Massendemonstrationen wurden die Behörden gezwungen, ihn als Präsidentschaftskandidaten zuzulassen, aber die mexikanische Oligarchie hat 70 Jahre Erfahrung mit Wahlfälschung. Schon 2001 wurde berichtet, dass die US-amerikanische Firma Choice Point of Alpharetta aus Georgia dem Gouverneur Jeb Bush in Florida dabei half, unerwünschte Personen aus dem Wählerverzeichnis zu streichen. So geschah es auch in Mexiko, wo arme Wähler am Wahltag feststellten, dass

sie gar nicht im Wählerverzeichnis stehen. Wie schon in Florida, war auch in Mexiko der Anteil der ohne Kennzeichnung abgegebenen Stimmzettel mit 827 000 sehr hoch. Mexikos Zentrale Wahlbehörde (IFE) entzog 3,3 Millionen Stimmzettel der öffentlichen Auszählung. Als dann unter starkem öffentlichen Druck diese Stimmzettel doch ausgezählt wurden, da schrumpfte der Vorsprung für den »Wahlsieger« Calderón plötzlich von 377 000 auf 257 000, und weitere offizielle Auszählungen ließen diesen Vorsprung um weitere 13 000 Stimmen auf 244 000 zurückgehen.

Die abgegebenen Stimmzettel wurden ausgezählt und in große Säcke verpackt, auf die die Ergebnisse geschrieben wurden, aber die offiziellen Endergebnisse waren deutlich anders. Und zwar so, dass gegen Ende der Auszählung Obrador immer mehr verlor und Calderón immer mehr gewann. Gefüllte Wahlurnen wurden auf Müllkippen und in Mülltonnen gefunden. So lag López Obrador nach Auszählung von 25 Prozent der abgegebenen Stimmen um 2,4 bis 2,7 Prozent in Führung, aber nach

Auszählung von 65 Prozent rückte Calderón plötzlich nach vorne und Obrador wurde immer mehr abgeschlagen, während alle anderen Kandidaten bei gleichen Werten blieben. Dass die Firma von Calderons Bruder die PCs und EDV für die Auszählung liefert, hat natürlich rein gar nichts mit den für ihn günstigen offiziellen Ergebnissen zu tun!

Obrador hat ein umfangreiches Dossier über die Wahlfälschung zusammengestellt und dem Wahlleiter vorgelegt. Er fordert eine Neuauszählung aller 47 000 Wahlurnen, bei denen Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden. Bis zum 6. September wird ein Gerichtsbeschluss über eine Neuauszählung oder Ungültigkeit der Wahlen erwartet. Der Wahlbetrug hat die Armen und Unterdrückten wütend gemacht. »Wir haben die Nase voll von diesen Reichen, die den Armen immer mehr wegnehmen und uns jetzt um den Wahlsieg betrügen wollen«, sagte eine ältere Frau bei einer Massenprotestdemo am 16. Juli. Obrador hat eine Kampagne zur Erzwingung einer erneuten Auszählung aller fraglichen Wahlurnen gefordert.

Das Wiedererwachen Lateinamerikas hat jetzt auch die Grenze der »Supermacht« USA erreicht. Die Armen und Unterdrückten haben Grund zur Hoffnung, die Machthaber haben gute Gründe, diese Entwicklung zu fürchten.

■ heiko@khoo.org



Der Sommerwind streichelt über meinen nackten Leib.

Er ist wie ein Atem von einer Frau, die in einer Nacht bei mir war.

Doch bald kommt der Winter, der mich erfrieren läßt.

Stefan Lippianowski (1995)

8. September 2006 ab 21 Uhr Konzert

Ahead To The Sea (FolkSka/Ger)
Skamarlans (Ska/France)
Sowjetskaja (Skapunk/Berlin)
*Im Tommy-Weißbecker-Haus,
Wilhelmstr. 9, Berlin-Kreuzberg,
U-Bahn: Hallesches Tor*

6. September 2006 19 Uhr

Veranstaltung

Privatsache? Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistung.

Diskussion mit dem Politikwissenschaftler Alexis Passadakis (WEED) in der Vortragsreihe »Prekariat, Neoliberalismus, Deregulierung«.
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

9. September 2006 9-24 Uhr Fête du Mauerpark

Besucht uns am Rotdorn-Stand! Und auch sonst wird viel geboten: Große Bühne mit Bands u. a. Minni the Moocher (Ska), Informationsständen, Linkspartei-Politikern (17 Uhr mit Gregor Gysi)
Im Mauerpark/Prenzlauer Berg

9. September 2006 ab 21 Uhr Konzert

Ahead To The Sea (FolkSka/Ger)
Skamarlans (Ska/France)
Sowjetskaja (Skapunk/Berlin)
*Im Tommy-Weißbecker-Haus,
Wilhelmstr. 9, Berlin-Kreuzberg,
U-Bahn: Hallesches Tor*

11./12./13. September 2006 Schulstreik

Wir wollen protestieren: Für die Lernmittelfreiheit und allgemein kostenfreie Bildung, für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, Abschaffung der Schulnoten.
Es werden Workshops angeboten, und eine Demonstration wird stattfinden.

*Treffpunkt: Jeden Tag um 10 Uhr vor dem Roten Rathaus.
www.schulaction.de*

16. September 2006 ab 14 Uhr Beats Against Fascism

Einen Tag vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus bzw. der bezirklichen BVV findet ein kostenloses Open-Air-Festival unter dem Titel »Beats Against Fascism« im Lichtenberger Weitlingkiez statt. Los gehts um 14 Uhr mit einer Podiumsdiskussion zum Thema »Rechtsextremismus und Gegenstrategien«. Ab 16 Uhr wird dann gerockt – mit dabei sind:
ZSK (Polit-Skatepunk)
Pyranja (HipHop)
Brainless Wankers (Punk-rock)
Irie Revoltes (Soundsystem)
Rolando Random and the young Soul Rebels (Ska // Reggae // Beat)
Weitlingstrasse am Münsterlandplatz

21. Oktober 2006

Großdemonstration gegen die unsozialen Reformen der Bundesregierung

Die Gewerkschaften planen einen heißen Herbst und haben schon jetzt zu einer bundesweiten Großdemo für den 21. Oktober aufgerufen. Die globalisierungskritische Organisation attac und die Linksfraktion im Bundestag haben sich bereits dem Protest angeschlossen.

Genauer Zeitpunkt und Ort stehen noch nicht fest, schaut beizeiten auf www.rottdorn.org

26. Oktober 2006 20 Uhr

Konzert

Dick Dale, »The Grandmaster of Surfmusic«. Die Gelegenheit, ein musikalisches Urgestein zu erleben!

Leider nicht ganz billig:
VVK: 18 Euro AK: 22 Euro
Im SO36 / Oranienstraße

Frühsommer 2007

G8-Treffen in Heiligendamm

Die acht größten »Führer der Welt« treffen sich 2007 in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste. Wer Lust hat bei der Vorbereitung des Protestes mitzuhelfen, kann sich bei uns melden: rottdorn@gmx.de.

- ♦ www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/g82007/
- ♦ www.sozialforum-berlin.de
- ♦ <http://de.dissent.org.uk/>



Danke an Ernesto (11 Jahre) aus Kehl für den Brief!

Impressum

Rotdorn erscheint dreimal jährlich und hat diesmal eine Auflage von 9 000 Exemplaren 16. Jahrgang Nr. 45/06

V.i.S.d.P.
Die Rotdornredaktion

Herausgeber
[solid] Brandenburg/ Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.de

Kontakt
Rotdorn
Postfach 8701 06
13161 Berlin
fon: (030) 44 04 61 56
mail: rottdorn@gmx.de
web: www.rottdorn.org

Bankverbindung
Inhaber: solid e. V.
Kontonummer: 43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: Rotdorn
Redaktionsschluss Ausgabe 46:
30. November 2006

☐ Ich will mitmachen!

Wir brauchen immer kluge Köpfe und helfende Hände! Wir melden uns bei Dir und laden Dich zu einem unserer nächsten Redaktionstreffen ein.

Name	
Straße	
PLZ	Ort
eMail	
Tel.	

Den Rotdorn 45 fand ich

Themenauswahl (Note 1-6) Aufmachung: (Note 1-6)

Bester Artikel

Warum? Weil

Deine Kritik

Ich habe den Rotdorn Ort, Anlaß, Begebenheit erhalten.

Ich lese den Rotdorn zum Mal Ich bin Jahre alt

☐ Ich brauch ein Abo!

Das Abo kostet 3 Euro pro Jahr (Bankverbindung siehe Impressum). Gerne schicken wir Dir ein paar mehr Rotdörner zum verteilen. Anzahl:

Bitte mit
45 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870 106
13161 Berlin



**ALLE ZWEI WOCHEN ERWARTET
EUCH DAS VOLLE PROGRAMM:**

**MIT WECHSELNDEN THEMENSCHWERPUNKTEN
MACHEN WIR POLITISCHES JUGENDRADIO,
MIT STUDIOGÄSTEN, LIVEMITSCHNITTEN
UND MUSIK VON REGGAE/SKA
ÜBER HIP-HOP BIS PUNK.**

EINSCHALTEN!

**AN JEDEM 1., 3. UND 5. MONTAG
IM MONAT UM 20 UHR
AUF DER FREQUENZ DES OKB
IN BERLIN:**

**ANTENNE 97,2 ODER KABEL 92,6
ANDERSWO:
WWW.OKB.DE**



EIN ARCHIV DER BISHERIGEN RADIOSENDUNGEN FINDET IHR UNTER: WWW.ROTDORN.ORG